

**Betreff:** "AufRecht bestehen" Aufruf Verteilaktion ab 17. Oktober  
**Von:** [info@erwerbslos.de](mailto:info@erwerbslos.de)  
**Gesendet:** 23.09.2024 14:22:11  
**An:** [info@erwerbslos.de](mailto:info@erwerbslos.de)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die „angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt“ ist seit Jahren in aller Munde. In weiten Teilen der Republik gleicht das Anmieten einer bezahlbaren Wohnung schon für Menschen mit einem Normaleinkommen einem Glücksspiel. Ungleich härter ist der Konkurrenzkampf auf dem Wohnungsmarkt allerdings für Menschen, die auf Sozialleistungen von Jobcentern und Sozialämtern angewiesen sind, ebenso für diejenigen, die sich mit viel zu geringen Löhnen durchschlagen müssen.

Ca. eine halbe Million Menschen sind offiziell wohnungslos. Es ist ein Skandal, dass im reichen Deutschland Menschen auf der Straße leben oder sich von Sofa zu Sofa ihrer Bekannten hangeln müssen. Schon das Finden einer geeigneten Unterkunft ist für einkommensarme Menschen also vielerorts nahezu aussichtslos. Ist diese Hürde trotzdem überwunden, stellt sich für viele zunehmend das Problem, die Wohnkosten zu decken. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2021 haben fast 13 Prozent der Mieterhaushalte nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung. Die Anzahl der Sozialwohnungen hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert, 15 Millionen grundsätzlich anspruchsberechtigten Mieterhaushalten stehen bundesweit weniger als 1,1 Millionen Sozialwohnungen gegenüber.

Trotz der katastrophalen Situation auf dem Wohnungsmarkt gelten für Menschen, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, wieder Obergrenzen für eine „angemessene Miete“. Diese waren während der Coronapandemie zeitweilig ausgesetzt worden. Anfang dieses Jahres endete dann für viele die Karenzzeit in Bezug auf die Kosten der Unterkunft. Wenn die Miete zu hoch ist, werden Betroffene aufgefordert, die Wohnkosten zu senken, was angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt nahezu unmöglich ist. Nach erfolgten Kürzungen muss ein Teil der betroffenen Leistungsberechtigten die Miete aus den Regelsätzen zum Lebensunterhalt finanzieren. Einer kleinen Anfrage der Gruppe der Linkspartei im Bundestag zufolge bestand 2023 bei über 300.000

Haushalten eine Lücke von durchschnittlich 107 Euro zwischen den tatsächlichen und den anerkannten Wohnkosten.

Die von Teilen der Politik wiederholt angefachten Debatten um vermeintlich zu hohe Sozialleistungen ignorieren diese Fakten, mit denen einkommensarme Menschen täglich konfrontiert sind.

**Als Bündnis „AufRecht bestehen“ wollen wir uns mit dieser Situation nicht abfinden, sondern unsere grundsätzliche Forderung nach einer drastischen Reduzierung der Wohnkosten in die Öffentlichkeit tragen.**

Dazu planen wir am **17. Oktober eine digitale Pressekonferenz** mit Vertreter\*innen von „AufRecht bestehen“, der Nationalen Armutskonferenz sowie voraussichtlich einer Mieterorganisation. Im Anschluss daran, wird auch eine ausführliche **digitale Pressemappe** zur Verfügung stehen.

Um auch mit Menschen direkt ins Gespräch zu kommen, rufen wir dazu auf, ab dem 17. Oktober dezentral Flugblätter und die vom Bündnis erstellte Arbeitshilfe zu Kostensenkungsaufforderungen (<https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten/830-arbeitshilfe-zu-kostensenkungsaufforderungen>) zu verteilen. Für weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen sind eurer Kreativität selbstverständlich keine Grenzen gesetzt ... Wir werden euch zeitnah den Entwurf eines Flugblatts schicken, das ihr wie immer mit eurem eigenen Logo versehen könnt. Außerdem schicken wir euch ggfs. weiteres Material.

### **Unsere wohnungspolitischen Forderungen:**

- Stopp von „Zwangsumzügen“!
- Bei Anspruch auf Grundsicherungsleistungen Übernahme sämtlicher Wohnkosten inklusive Energiekosten! Ebenso Übernahme von Mietkautionen und Genossenschaftsanteilen!
- Mietenstopp und Mietendeckel im Bestand!
- Deutliche Begrenzung der Umlagemöglichkeiten bei Modernisierung!
- Aufhebung der zeitlichen Begrenzung der Preisbindung im sozialen Wohnungsbau!
- Überführung von Wohnungs- und Energiekonzernen in gesellschaftliches Eigentum!

- Eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik

Solidarische und herzliche Grüße  
das Team der KOS

---

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.  
(Träger der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen)  
Vorstand: Hartwig Erb

Alte Jakobstr. 149 (IG Metall Haus), 10969 Berlin

Tel. 030 / 86 87 67 0-0  
Fax 030 / 86 87 67 0-21

Internet: [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)  
E-Mail: [info@erwerbslos.de](mailto:info@erwerbslos.de)

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg Nr. VR 24535 B

Hinweise zum Datenschutz: [www.erwerbslos.de/datenschutz](http://www.erwerbslos.de/datenschutz)